



FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG



Prinzipien sind unverkäuflich! Ich fliege nicht nach Katar.

Von Dana Guth (Mdl)

Eine interessante Einladung erhielt ich am 14. August von unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD). Geladen werden die Fraktionsvorsitzenden, mit nach Katar zu fliegen und mit Mohammed bin Abdulrahman bin Jassim Al-Thani, dem Außenminister Katars, über „aussichtsreiche Geschäftschancen“ zu sprechen. Hintergrund dafür ist wohl auch, dass Katar große Anteile an dem ach so an Demokratie und einer bunten Gesellschaft interessierten VW-Konzern und anderen deutschen Firmen hält (die WELT berichtete). Ein Konzern, der just einen Abgeordneten unserer Fraktion mit Hinweis auf seine politische Herkunft von einer Veranstaltung schriftlich ausgeladen hat. Weitere Informationen zu Katar mögen den Hintergrund meiner Bedenken noch näher bringen:

Katar ist auch im Jahr 2019 ein Land, in das ich – gemessen an meinen Wertmaßstäben – nicht reisen KANN. Im Zuge der an Katar vergebenen Fußballweltmeisterschaft 2022 zeigt sich, dass Gastarbeiter wie moderne Sklaven ausgebeutet werden. Todesfälle, Misshandlungen, ausstehende Gehälter (siehe nzz am 26.09.2018 in Berufung auf Amnesty International oder die Sport-Inside-Reportage des WDR vom 05.06.2019): Es deutet sich an, dass – entgegen gemachter Versprechungen im Rahmen der WM-Vorbereitungen – in Katar Zustände herrschen, die ein Schlaglicht auf die FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft werfen und andeuten, dass sie vielleicht besser nicht an den Golfstaat vergeben worden wäre.

Wie steht es sonst um Katar?

Ein Blick auf die Reiseinformationen des Auswärtigen Amtes gibt Aufschluss: Während man in Deutschland die AfD als homophob oder Opfer

veralteter Gesellschaftsbilder beschimpft, weil sie sich für eine konservative Handhabung der Institution Ehe ausspricht oder das Gendermainstreaming ablehnt, sieht Ministerpräsident Weil in den in Katar vorherrschenden Zuständen offensichtlich kein Werteproblem, das einem Besuch entgegensteht. Homosexualität, Zärtlichkeiten in der Öffentlichkeit, nichteheliche Schwangerschaften – all diese Sachverhalte sind im Emirat Katar strafrechtlich relevant. Äußerungen zu Religionsfragen können als Beleidigung des Islam oder des Propheten strafrechtlich verfolgt und mit Geld-, evtl. sogar Freiheitsstrafen geahndet werden.

Besonders schwer verdaulich ist Ministerpräsident Weils Katar-Ausflug vor dem Hintergrund, dass eine Einladung der ungarischen Regierung an den niedersächsischen Landwirtschaftsausschuss zu sehr kontroversen Diskussionen führte.

Wir halten fest: Eine Reise in ein Land, in welchem Menschenrechte eine untergeordnete Rolle spielen, gilt als legitim, während eine Reise in ein anderes Land der Europäischen Union aufgrund von politischen Präferenzen zu einem Problem gemacht wird...

Ich wünsche dem Ministerpräsidenten und seiner Entourage eine gute Reise nach Katar. So attraktiv Katar als Investor sein mag: Prinzipien sollten über lukrative Investitionen stehen und ich werde weder als Person noch als Politikerin an meine Prinzipien ein Preisschild hängen.